

Assimina Gouma

Migrantische Mehrsprachigkeit und Öffentlichkeit

Linguizismus und
oppositionelle Stimmen in der
Migrationsgesellschaft



Springer VS

Migrantische Mehrsprachigkeit und Öffentlichkeit

Assimina Gouma

Migrantische Mehrsprachigkeit und Öffentlichkeit

Linguizismus und
oppositionelle Stimmen in der
Migrationsgesellschaft

 Springer VS

Assimina Gouma
Wien, Österreich

Dissertation Universität Wien, 2017

ISBN 978-3-658-30868-1 ISBN 978-3-658-30869-8 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-30869-8>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

για τη Μαλβίνα και το Θανάση

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Strukturelle Bedingungen der Forschungsarbeit.....	2
1.2	Kategorien der Differenz und Intersektionalität	3
2	Wissensproduktion in der Migrationsgesellschaft.....	7
2.1	Migrationsgesellschaft und die Standortabhängigkeit der Wissenschaft	7
2.2	Replacing the National.....	11
2.3	Kontinuitäten, Paternalismus und Gegenfragen	13
2.4	Populäre Konzepte: Push-Pull-Modelle, Kontrollverlust- These und Gegenthesen	16
2.5	„Integration“ als dominantes Paradigma	18
2.6	Migration als soziale Bewegung.....	23
2.7	Grenzregime, Autonomie, Transnationalismus und Postmigration	26
2.7.1	Grenz- und Migrationsregime: Durchlässige Strukturen, handelnde AkteurInnen, (gegen)hegemoniale Diskurse ..	26
2.7.2	Autonomie der Migration zwischen Wissenschaft und antirassistischer Praxis	28
2.7.3	<i>Transnational turn</i> und „Migrantologie“	30
2.7.4	Das postmigrantische Paradigma als Konsens?	33
2.8	Vom Nützlichkeitsparadigma und Diversität zu Intersektionalität	35
3	Die Migrationsfrage und die Medien	39
3.1	MigrantInnen und die Kommunikationswissenschaft	40
3.2	Transnational turn statt Intergrationsimperativ.....	48
3.3	Die Migrationsfrage, „weiße Medien“ und die Harmonie.....	50

3.4	Medien als Technologien des Regierens und/oder Agenten der Veränderung	55
4	Mehrsprachigkeit, Medien und Öffentlichkeit in der Migrationsgesellschaft.....	59
4.1	AkteurInnen, Orte und Rechte abseits der deliberativen Öffentlichkeit	60
4.2	Mehrsprachigkeit	65
4.2.1	Zwei Widersprüche im Umgang im Mehrsprachigkeit....	66
4.3	Mehrsprachigkeit und die Integrationsdebatte.....	69
4.4	Sprachkenntnisse und pädagogische Verhältnisse im Integrationsdispositiv	72
4.5	Linguizismus in der Migrationsgesellschaft	79
4.6	Konsens, Konflikte und Mehrsprachigkeit	82
4.7	Von Mehrsprachigkeit zu „Stimme“: Chandra Mohanty und <i>voice</i>	85
4.7.1	Freie Radios zwischen public value und agonistischen Gegenöffentlichkeiten.....	87
5	Das Feld, die Methoden und Partizipation.....	91
5.1	Reflexion zum Einsatz qualitativer Methoden im Forschungsprojekt.....	93
5.2	Öffentliche Diskussion der Ergebnisse und Feedback der TeilnehmerInnen.....	96
5.3	Die Methode der Partizipation	97
5.3.1	Grundlagen und Verortungen: Partizipative Forschung als soziale Bewegung	98
5.3.2	Partizipative Anliegen und intersektionelle Zugänge	101
5.3.3	Kritik an partizipativen Zugängen	103
5.4	Macht, (Selbst-)Ermächtigung und Paternalismus.....	107
5.5	Die Widersprüche aushalten – Intersektionalität	108

6	„What Kind of Place is This?“ – Eine Raum- und Regionalanalyse.....	113
6.1	Raum, Migration und Medien in Beziehung setzen.....	113
6.2	Das Salzkammergut und der Bezirk Gmunden.....	114
6.3	Räumliche Konzepte zwischen „Lokal“ und „Global“.....	117
6.4	Der Bezirk Gmunden als neoliberaler Raum.....	119
6.5	Räumlich-diskursive Dis-Kontinuitäten im Salzkammergut .	121
6.6	Institutionelle AkteurInnen.....	124
6.7	Rescaling-Prozesse – <i>Harmony in Diversity</i>	130
7	„Die gleiche Sprache sprechen“ – Linguizismus und Interventionen.....	133
7.1	Die ESPRIS-Lernpartnerschaften als partizipative Aktionen	136
7.2	Beweggründe für die Teilnahme in den Lernpartnerschaften	140
7.3	Die Krise der Erfahrung.....	147
7.4	Soziale Teilnahmebedingungen.....	148
7.5	In Beziehung-Treten durch Tandemlernen und durch die Interviews	151
7.6	„Die gleiche Sprache“ sprechen.....	156
8	Radioarbeit, mediale Sprachregime und Linguizismus	159
8.1	Disharmonie in der „Diskussionsrunde“.....	162
8.2	Medien und Sprachregimes	168
8.3	Marginalisierte Stimmen – Linguizismus und Scham	170
8.4	Transnationales Sprechen in der Migrationsgesellschaft.....	175

9	Gegenstrategien – Den Linguizismus beschämen.....	183
9.1	Zwang und Widerstände – Ermächtigung durch die hegemoniale Sprache?	185
9.2	Der Kampf um „Korrektes Deutsch“ und affirmative Sabotagen.....	190
10	Harmonie und migrantische Mehrsprachigkeit – Conclusio...	199
10.1	Mehrsprachigkeit, ESPRIS und das hegemoniale Harmonieprojekt	200
10.2	„Probleme“ und gesellschaftliche Hegemonieprojekte.....	203
10.3	Rassismuskritische Perspektiven und die Krise der Harmonie	205
10.4	Die eigene Involviertheit	209
	Literatur	213

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Das Salzkammergut und der Bezirk Gmunden	115
Abbildung 2:	Linguizismuserfahrungen und Gegenstrategien.	138
Abbildung 3:	„Welche Chancen bietet dieses Projekt für mich?“ – Moderationskärtchen mit Antworten aus dem ersten Reflexionstreffen von ESPRIS	140
Abbildung 4:	„Meine Wünsche/Erwartungen an meine/n Lernpartner/in“ – Moderationskärtchen mit Antworten aus dem ersten Reflexionstreffen von ESPRIS	142



1 Einleitung

„Mehrsprachigkeit“ ist nicht nur ein von unterschiedlichen Gruppen und Interessen umschwärmter Begriff, sondern auch ein wichtiges Mittel für die Kämpfe der MigrantInnen um soziale Rechte und Partizipation. Der gesellschaftliche Diskurs um Mehrsprachigkeit, stark vorangetrieben vom andauernden Hype um Fremdsprachen im Zusammenhang mit beruflichem Erfolg, schafft widersprüchliche Bedingungen für die Auseinandersetzung mit migrantischem Sprechen und migrantischen Sprachen: Die Debatten, migrantische Alltagspraktiken, Maßnahmen und Projekte in Zusammenhang mit „Mehrsprachigkeit“ bieten eine Chance für MigrantInnen, sich kollektiv als politisch mehrsprachige Subjekte, als „Wissende“ statt als „Unwissende“ in das gesellschaftlich hegemoniale Mehrsprachigkeitsverständnis einzureklamieren. Oder eben nicht.

Mag „Ressource“ ein geflügeltes Wort im Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit sein: Die Handlungsmöglichkeiten durch Sprachen und Mehrsprachigkeit variieren stark. Die Bedingungen und Strukturen, die zu diesem Widerspruch beitragen, sind verschränkt mit sozialen Kategorien – Klasse, Gender, Herkunft usw. Legitimiert wird der Linguizismus – diese spezifische Form des Rassismus, die Sprachen und ihre SprecherInnen aufgrund ihrer sozialen, lokalen oder migrantischen Herkunft abwertet (vgl. Dirim 2010) – durch die Problematisierung von Abweichungen von sprachideologischen Normvorstellungen und durch negativ auswirkenden intersektionellen Verschränkungen. Mehrsprachigkeit ist deshalb ein widersprüchliches Konzept, das Ungleichheit sichtbar und somit verhandelbar macht. MigrantInnen gehen in vielfältiger Weise offensiv mit Mehrsprachigkeit um. Im Rahmen von sozialen Kämpfen fordern sie Sprachenrechte ein, entwickeln Praktiken gegen Linguizismus und konterkarieren den strukturellen Rahmen und die ungeschriebenen Gesetze rund um Sprache und damit verbundene soziale Ausschlüsse. Dieses Buch setzt sich in diesem Sinne und aus intersektioneller Perspektive mit der Frage auseinander, welche Probleme begegnen MigrantInnen bei ihren Kämpfen gegen Linguizismus und wie regionale Bildungs- und Medienstrukturen bzw. lokale Verhältnisse diese Kämpfe unterstützen bzw. erschweren. Ausgangspunkt der empirischen Untersuchung bildet das Bildungs- und Medienprojekt „Emanzipatorische Sprachlernmethoden im Salzkammergut“ (ESPRIS). ESPRIS war ein lokales partizipatives Projekt, das mit einem positiven Zugang zu migrantischer Mehrsprachigkeit eine Reihe von Aktionen (Tandem-Learning, Medienarbeit, Reflexionstreffen, Workshops) im Bezirk Gmunden in der Region Salzkammergut umsetzte. Die Erfahrungen und Strategien der ESPRIS-TeilnehmerInnen mit Linguizismus und migrantischer Mehrsprachigkeit in der Region bilden den Fokus dieser Publikation, die ursprünglich als Forschungsprojekt die

Maßnahmen und Aktionen im Rahmen von ESPRIS begleitete. Die Ungleichheiten in der sozialen Welt der Region – eingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt, zu sozialen Netzwerken der Mehrheitsgesellschaft, zu Deutschkursen, zu Selbstrepräsentation, Dequalifizierung etc. –, die im Namen der migrantischen Mehrsprachigkeit oder Herkunft als Normalität behandelt werden, standen im Fokus des Projekts.

1.1 Strukturelle Bedingungen der Forschungsarbeit

ESPRIS fand zwischen Februar 2012 und September 2014 statt und bezog sich auf den Bezirk Gmunden im Salzkammergut, einer sprachlich, sozial, landschaftlich und ökonomisch heterogenen Region in Oberösterreich. Die Finanzierung erfolgte durch den European Social Fonds (ESF) und das österreichische Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) im Rahmen der Ausschreibung des Maßnahmenbereichs „Lebensbegleitendes Lernen in der Erwachsenenbildung“. Das Konzept von ESPRIS entstand im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft, die folgende Institutionen bildeten: das Community/Medien/Institut (COMMIT), das Bildungszentrum Salzkammergut (BIS), das Freie Radio Salzkammergut (FRS) und das Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (IPKW) der Universität Wien. Die Projektkoordination erfolgte durch das BIS.

Die ESPRIS-TeilnehmerInnen wurden durch lokale Medienberichte und durch die Netzwerke der lokalen PartnerInnen eingeladen, sich für Lernpartnerschaften (Tandems) anzumelden. Das Tandem-Konzept sah vor, dass MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen Sprachpaare bildeten und sich einmal wöchentlich trafen, um sich gegenseitig eine andere Sprache – in den meisten Fällen die Erstsprache – beizubringen. Es gab zwei Durchläufe der Lernpartnerschaften von ESPRIS mit zwei zum Teil verschiedenen TeilnehmerInnengruppen. BIS bot parallel dazu begleitende Veranstaltungen an, um die Tandems zu unterstützen, sowie auch Workshops zu den Themen Mehrsprachigkeit, kritische Migrationsforschung und Anti-/Rassismus, Radioarbeit etc. Mit diesem Konzept des sozialen Sprachenlernens schlug ESPRIS ein alternatives pädagogisches Verhältnis in einer regionalen und politischen Landschaft vor, wo MigrantInnen durch verpflichtende Kurse und Prüfungen infantilisiert werden. ESPRIS setzte einerseits an der Realität der unzureichenden und lückenhaften Sprachlernangebote in der Region an und versuchte andererseits Menschen das Sprachenlernen ohne Zwang und Kostenaufwand zu ermöglichen. Das soziale Lernen in den Tandems sollte zudem die Netzwerke der MigrantInnen in der Region stärken und die heimische Bevölkerung offener für Kontakte in der Migrationsgesellschaft machen.

Die Ziele von ESPRIS waren a) die Entwicklung und Umsetzung emanzipativer Sprachlernkonzepte für die Region Salzkammergut sowie b) die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den regionalen AkteurInnen. Parallel dazu war das Projekt als eine Intervention gegen Diskurse konzipiert, die migrantische Mehrsprachigkeit als Bedrohung konstruieren. Ein zentraler Akteur dafür war das FRS: Die mit dem Radiopreis für „Interaktive und experimentelle Produktionen“ prämierte Sendereihe „Pangea Lingua – auf den Spuren der Mehrsprachigkeit im Salzkammergut“ ist im Rahmen des Projekts entstanden. ESPRIS-TeilnehmerInnen konnten im Rahmen von „Pangea Lingua“ redaktionelle Beiträge mehrsprachig mitgestalten und sich in der Medienöffentlichkeit als Stimme (*voice*) Gehör verschaffen. Im Laufe der Forschungsarbeit fanden Verschiebungen im Projekt statt. Ursprünglich war ESPRIS für Frauen konzipiert, aber es kamen auf diese Weise weniger Tandems als beabsichtigt zustande: Gründe waren divergierende Sprachlerninteressen – kaum jemand wollte Türkisch lernen, während viele Türkischsprachige sich für eine Lernpartnerschaft anmeldeten – und die eingeschränkte Mobilität vor allem der MigrantInnen aufgrund des mangelhaften öffentlichen Verkehrsnetzes in der Region. Daher wurden auch Männer eingeladen mitzumachen. Die Partizipation an der Radioarbeit veränderte sich ebenfalls im Laufe des Projekts. Das Interesse der TeilnehmerInnen an der Radioarbeit war zu Beginn des Projekts aufgrund der Sprache, Biographien und Erfahrungen mit Medien gering. Später wurde die Radioarbeit intensiver, sodass die soziale Bedeutung der Freien Radios für MigrantInnen einen zentralen Platz in der Untersuchung einnahm.

1.2 Kategorien der Differenz und Intersektionalität

ESPRIS war eine sozialraumorientierte Intervention, die in der Realität der „Integrationsvereinbarungen“, der Werte und des repressiven Fremdenrechts ein Feld relativer Autonomie beim Sprachenlernen und bei der Medienarbeit eröffnete. Konzeptuell ging es im ESPRIS-Projekt um die Verbindung von gesellschaftlichen Ermächtigungsstrategien durch Medienarbeit, lokale Vernetzung, Lernpartnerschaften und Mehrsprachigkeit. Gefragt waren daher „emanzipative Prozesse des Spracherwerbs auch in Verbindung mit Medienpraktiken einerseits als Kontrast zur Verbindung von Sprache mit Zwang und andererseits als politische Praxis gegen Verhältnisse, die Benachteiligung aufgrund der Migrationsbiographie stützen“ (Gouma/Neuhold/Dorer 2014: 4). Die Projektidee basierte auf der Vorstellung eines pädagogischen Verhältnisses, das trotz der sozialen Differenzen gegenseitiges, gleichberechtigtes Sprachenlehren und -lernen zwischen den LernpartnerInnen ermöglicht. In der Migrationsgesellschaft sind zudem pädagogische Verhältnisse des „Verlernens“ (Spivak 1993) ebenso relevant: beispielsweise das Verlernen der gesellschaftlichen „Normalitäten“, die Ungleichheit legitimieren. ESPRIS ging davon aus, dass Ressourcen für die politische Selbstrepräsentation der

MigrantInnen in der Region wie auch für den Wissenstransfer zwischen den beteiligten AkteurInnen Prozesse des selbstermächtigenden Lernens/Verlernes vorantreiben, und stellte dafür eine Infrastruktur zu Verfügung.

Aber was bewegt eine Gruppe von lokalen BildungsakteurInnen, RadiomacherInnen und SozialwissenschaftlerInnen sich mit selbstermächtigenden Strategien des Sprachenlernens und mit Mehrsprachigkeit in der Radioarbeit auseinanderzusetzen? Welches Wissen treibt so ein Projekt voran bzw. was verstehen wir unter selbstermächtigenden Umgang mit Medien, Mehrsprachigkeit und Migration in einer ländlichen Region? Welchen Beitrag kann ein Medien- und Mehrsprachigkeitsprojekt leisten, damit MigrantInnen ihre soziale Position in der Migrationsgesellschaft verbessern können? Welche sozialen Veränderungen können Interventionen wie ein partizipatives Projekt bewirken und wie ist „Partizipation“ konzipiert worden?

In Zeiten der Kriminalisierung von Flucht und MigrantInnen, aber auch von Solidarität (siehe auch Gouma 2017) sind Freiräume für emanzipative Projektanliegen knapper geworden. Es stellt sich insgesamt die Frage, welche Bedingungen ermöglichen bzw. verhindern, abseits des dominanten „Migrationsmanagements“ (De Jong et al. 2017) bzw. des Regierens der Migration selbstermächtigend oder kollektiv antirassistisch zu handeln. Das Projektkonzept baute auf der Zusammenarbeit von AkteurInnen aus den Bereichen Medien, Sprachdidaktik, Wissenschaft und Community Development in der Region auf. Schon im Vorfeld war ein wichtiges Anliegen, Kollektivierungsprozesse im Bezirk Gmunden zu unterstützen. Ein weiteres Anliegen angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse war, in dominante Politiken und Erzählungen, die MigrantInnen als „Bedürftige“ und „Unwissende“ konstruieren, die der „Erziehung“ bedürfen, zu intervenieren. Die Analyse beginnt mit der Dekonstruktion hegemonialer Diskurse in der Forschung und in der Gesellschaft, um aufzuzeigen, welche theoretischen Perspektiven in der Migrationsforschung selbstermächtigende und emanzipative Anliegen im Fokus haben. Der intersektionelle Zugang ist ein solches Konzept, das ermöglicht, einerseits die „ethnische Brille“ abzulegen und andererseits Kategorien der Ungleichheit in der Migrationsgesellschaft mit den hegemonialen pädagogischen Verhältnissen in der Erwachsenenbildung zusammenzuführen. Kategorien der Differenz wie Gender, Sprache, soziale Herkunft, Ableismus, Alter etc. prägen die Verhältnisse in der Region.

Die Kategorie „Herkunft“ spielt hier eine wichtige Rolle. Die Ambivalenzen der regionalen Praxis zwischen Hierarchisierungen, Solidarität, Antagonismus und Widerstand werden in der wissenschaftlichen Kategorisierung sichtbar. Auf die soziale Konstruktion der „Anderen“ durch Sprachpraktiken, Politik, Diskurse, Biographien und Mobilität beziehe ich mich in dieser Arbeit, indem ich die Kategorien „MigrantInnen“ und „Nicht-MigrantInnen“ verwende. Dabei handelt es sich nicht um eine Festschreibung von Herkunft oder Biographien in Personen, sondern

um soziale Positionen und Positionierungen, die entweder auf Selbst- oder Fremdzuschreibungen beruhen und auf einen politisch umkämpften Wirklichkeitsentwurf hinweisen: „Migration ist selbst ein heterogenes Phänomen. Diese Heterogenität führt dazu, dass die Unterscheidung zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen ständig umkämpft ist (wie etwa in den Diskursen über Migrationshintergrund, Integration oder die zweite, dritte oder x-te Generation).“ (Bojadžijev/Römhild 2014: 21)

Die Auseinandersetzung mit der sozialen und politischen Konstruktion kategorialer Gruppen im Zusammenhang mit Migration fokussiert üblicherweise auf die „MigrantInnen“ bzw. auf die kulturell, ethnisch oder religiös „Anderen“. Kann die Kategorie „MigrantIn“ trotzdem sinnvoll sein? Im Manifest „Wir, die Seiltänzerinnen“ (FeMigra 1994) verwenden die Autorinnen die Bezeichnung „Migrantin“ als einen oppositionellen Ort und Gegenentwurf zu antimigrantischer Politik. „Migrantin zu sein“ ist aus der Perspektive selbstorganisierter Frauen ein Prozess, um kollektiv gegen die Kulturalisierung und Normalisierung von sozialer Ungleichheit vorzugehen. „Migrantin“ wird in diesen Zusammenhängen als eine strategische und nicht als eine essentialisierende Identität angewendet. (siehe auch Gouma 2011: 68f.)

Ich gehe davon aus, dass diese aktivistische Strategie auch für die Wissenschaft relevant ist. Die Verwendung kategorialer Gruppen stellt einerseits wissenschaftliches Arbeiten vor das Problem der Reproduktion „politischer Brandings“ (Bojadžijev/Römhild 2014: 10), worauf die radikale Kritik gegen Kategorisierungen abzielt. Andererseits sind sowohl „Migrantin“ als auch „Nicht-Migrantin“ auch wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch hergestellte Realitäten. Ich verwende „Nicht-MigrantInnen“ als eine der Wissenschaftlichkeit geschuldete Begrifflichkeit, aber auch als eine subversiv gemeinte Intervention in wissenschaftliche Erzählungen der Mehrheitsgesellschaft. Der Markierung der Differenz als Abweichung von der „Normalität“ wird in dieser Konstruktion ein Spiegel vorgehalten. Die Differenz „MigrantInnen“ und „Nicht-MigrantInnen“ ist gleichzeitig eine Reduktion, weil weitere Kategorien der Ungleichheit wie Gender, Klasse, Bildung, Sprache, soziale Herkunft, Ableismus, Alter etc. nicht mitgemeint werden. Hier greift das Konzept der Intersektionalität, wie es von Kimberlé Crenshaw (1989) entwickelt wurde. Verschiedene Differenzkategorien werden dann in ihrer Verschränkung und Verwobenheit in die Analyse der erhobenen Daten einbezogen.

In der Studie gibt es zwei Themenschwerpunkte: der Umgang mit Mehrsprachigkeit und die Rolle der Medien als „agents of change“ (Ruhrmann/Shooman/Widmann 2016a) in der Migrationsgesellschaft. In der Empirie arbeite ich vorrangig mit dem Datenmaterial aus dem Feld und verknüpfe es mit den lokalen und geopolitischen Bedingungen, um mehrere Ebenen der Analyse einzubeziehen.

Meine Untersuchungseinheiten sind sowohl Räume (lokale, mediale, transnationale etc.) als auch die lokale Migrationsgesellschaft. Die empirische Forschung beruht auf 21 qualitative Interviews, die in Form von Expertinnen-, Gruppen- und Einzelinterviews stattgefunden haben. In die Interpretation des Datenmaterials fließen auch Wissen bzw. eine Aufmerksamkeit für Themen/Fragen ein, die in informellen Gesprächen in der Region eingebracht wurden. Ausgehend von den Gruppen- und Einzelinterviews setze ich mich mit den Alltagserfahrungen der TeilnehmerInnen, mit Aspekten der Medienarbeit und mit dem pädagogischen Verhältnis in der Migrationsgesellschaft auseinander. ExpertInneninterviews mit regionalen AkteurInnen, eine Sozialraumanalyse wie auch die Auseinandersetzung mit der Frage der Partizipation runden die Analyse des Datenmaterials ab.



2 Wissensproduktion in der Migrationsgesellschaft

Ist Migration ein Problem? Sozialwissenschaftliches Denken baut häufig auf dieser Annahme auf. Spätestens seit der Chicagoer Schule werden MigrantInnen mit dem „Problem“-Image in den Sozialwissenschaften konfrontiert. (Park 1922, 1928) Auch der überwiegende Teil der politischen „Eliten“ (Dijk 1992) in der westlichen Welt versteht und behandelt Migration bzw. MigrantInnen als Problem, das gestoppt bzw. kontrolliert werden soll. In der medialen Öffentlichkeit wird die „Problem“-Perspektive – von redaktioneller Routine, prekären Reflexions- und Recherchere Ressourcen (Weish 2015) und populistischer Dynamik vorangetrieben – verbreitet und vervielfältigt. (exemplarisch Ruhrmann/Shooman/Widmann 2016b; Gouma 2015; Gemi/Ulasiuk/Triandafyllidou 2013; Gouma 2012a; Spindler 2011b; Fleras 2006; Geissler/Pöttker 2006; King/Wood 2001) Durch das Zusammenwirken unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme hat sich insgesamt der Standpunkt „Migration ist ein Problem“ als dominante Alltagstheorie, als *common sense* durchgesetzt. Als wäre es nicht denkbar, Migration als Recht und Realität in einer globalisierten, vernetzten und von Ungleichheiten gekennzeichneten Welt zu behandeln.

2.1 Migrationsgesellschaft und die Standortabhängigkeit der Wissenschaft

„Migration“ ist ein Thema, das in der Gesellschaft unterschiedliche Funktionen erfüllt. Dazu zählen sowohl eher positive – z.B. Motor für Veränderungen, Bewegung gegen globale Ungleichheiten – als auch negative Narrative – Stabilisierung von innergesellschaftlichen Hierarchien, Entrechtung und ausbeuterische Verhältnisse. Migration kann auch als eine Metapher aufgefasst werden: „Migration has been employed as a metaphor within contemporary critical theory for movement and dislocation, and the crossing of borders and boundaries.“ (Ahmed 1999: 331) Sara Ahmed bezieht sich dabei insbesondere auf die Arbeit von Iain Chambers (1994) „Migrancy, Culture and Identity“, wo Migration „becomes a way of interrogating, not only the different social relations produced by the histories of the displacements of peoples, but the very nature of identity itself“ (Ahmed 1999: 332). Dieser Versuch, alternatives Wissen zur verbreiteten Problematisierung der Migration zu produzieren, führt jedoch zum postmodernen Umstand, dass zwar die Bedeutung und Fluidität der Identitäten berücksichtigt, dafür aber Fragen der ungleichen sozialen und globalen Verteilung ausgeblendet werden. Sowohl Ahmed als auch Avtar Brah (1996) und Uma Narayan (1997) hinterfragen die Reduzierung der Migration auf eine metaphorische Ebene, die alle AkteurInnen gleich

macht und postkoloniale Zusammenhänge, historische Kontinuitäten und aktuelle Verhältnisse und Räume nicht berücksichtigt. (siehe auch Ahmed 1999: 333)

In Opposition zu einem humanistischen Zugang im Sinne von Chamber („Wir sind alle MigrantInnen“) sind „Migration“ und „MigrantInnen“ eine Metapher für die ungleiche Verteilung von Ressourcen (Rana 2014) und daher ein Feld sozialer Auseinandersetzungen rund um Fragen sozialer Gerechtigkeit. Ebenso steht der Begriff „Migration“ für soziale Kämpfe unter ungleichen Machtverhältnissen. Für die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ist „Migration“ konstitutiv, weil einerseits zahlreiche hegemoniale Projekte der Gegenwart sich auf Migration bzw. die „Migrationsanderen“ (Mecheril 2010) beziehen. Andererseits findet Migration statt, sie ist eine gelebte Praxis, was unsere Erfahrungen und unser Handeln als MigrantInnen oder Nicht-MigrantInnen prägt. Migration ist also für europäische Gesellschaften auf unterschiedliche Art und Weise konstitutiv, worauf sich die Bezeichnung „Migrationsgesellschaft“ bezieht: Migration betrifft die ganze Gesellschaft unabhängig davon, ob es sich um MigrantInnen oder Nicht-MigrantInnen handelt. (siehe auch Edthofer et al. 2014; Mecheril et al. 2010a)

Migration war schon immer konstituierend für Gesellschaften und ist damit nicht eine Ausnahme, sondern „Normalzustand“. (Mecheril et al. 2010a: 11) Trotzdem ist „Migrationsgesellschaft“ ein relativ neuer Begriff, der sowohl Bewegungen als auch Diskurse, die Vermischung von Sprache und kulturellen Praktiken sowie rassistischen Strukturen usw. beinhaltet. (ebd.) Migration ist in diesem Sinne gesellschaftliche Realität und ein globales Phänomen sowie eine Metapher für unterschiedliche Anliegen – Gerechtigkeit, Umverteilung, Menschenrechte etc. – in der Migrationsgesellschaft. Zu diesen Anliegen zählt auch die Stabilisierung von national-staatlichen und transnationalen Hierarchien durch die Konstruktion der „Anderen“. (Ha 2010: 417f.) Anders formuliert: Erst durch die soziale Konstruktion der „Anderen“ bekommt eine national-imaginierte Gemeinschaft (Anderson 1991) eine eigene „Identität“.

Migration prägt unsere Zeit auf eine ähnliche Art und Weise wie andere Themen in der Vergangenheit. Henry Giroux (2003) verweist auf den Soziologen und Bürgerrechtler William Edward Burghardt Du Bois, der einst die Verschränkung der Veränderungen rund um die „Rassenpolitik“ mit der Zukunft der Demokratie betonte. Giroux betrachtet diese Perspektive weiterhin als aktuell: „In part, this means that how we experience democracy in the future will depend on how we name, think about, experience, and transform the interrelated modalities of race, racism, and social justice. (Giroux 2003: 191) Ausgehend von diesem Wissen stellt sich die Frage: Was ist Aufgabe gesellschaftskritischer Forschung und Wissensproduktion angesichts der aktuellen Debatten und Politiken rund um Migration?

Die Vielschichtigkeit und Intensität der Auseinandersetzung mit Migration aktuell ist ein Hinweis „auf den diskursiven Kampf darum, was unter Migration verstanden werden und zum Ausdruck kommen soll“ (Mecheril et al. 2013: 8). Darüber hinaus geht es um die gesellschaftliche Verortung von Migration als Problem oder als Recht. Die aktuellen medialen Deutungskämpfe rund um „Willkommenskultur“, „Fluchthilfe“, Migration und Solidarität spiegeln so die diskursive Arbeit kontrastierender politischer Projekte wider. (Gouma 2017) Festzuhalten ist, dass die Problematisierung und Kriminalisierung der Migration politisch und medial überwiegt. (Khosravi 2009: 40) Shahram Khosravi (2009) geht von einer große „Menge“ von Diskursen und Praktiken aus, die das Projekt der politischen Kriminalisierung der Migration (siehe aktuell Politiker wie Trump, Salvini, Orban, Kurz etc.) dominant machen. Weitere Überlegungen zur diskursiven Ungleichheit beziehen sich auf die unterschiedlichen Verhältnisse und Kategorien der WissensakteurInnen.

In der Wissenssoziologie hat die Auseinandersetzung mit der Standort- und Seinsverbundenheit des Wissens nach Mannheim eine lange Tradition. Ziel der wissenssoziologischen Reflexion ist die Auseinandersetzung mit der „Objektivität“ der sozialen Ordnung. (Soeffner 2004) Stuart Hall bezeichnete die Naivität gegenüber Beschreibungen, wie die Dinge wirklich sind, als ein Problem: Ideologische Aussagen „sind dann am wirksamsten, wenn uns nicht bewusst ist, dass der Art, wie wir eine Aussage formulieren und zusammenbauen, ideologische Prämissen zugrunde liegen, und wenn es so aussieht, als seien unsere Formulierungen nur schlichte Beschreibungen dessen, wie die Dinge sind.“ (Hall 1989: 152) Feministische Kritik geht ebenfalls von der sozialen Situiertheit des Wissens aus. (Haraway 2007) Demnach sind gesellschaftliche Verhältnisse für wissenschaftliche Erkenntnisse ausschlaggebend, Wissen ist umkämpft. (Mendel 2015) Kritisches, alternatives Wissen entsteht, indem die eigenen Privilegien und das Unvermögen, in den selektiv ausgerichteten wissenschaftlichen Disziplinen gesellschaftliche Verhältnisse, Bedingungen und Handlungen als Ganzes zu erkennen, reflektiert werden. (Haraway 2007) Donna Haraway schlägt die Verknüpfung verschiedener Methoden und Perspektiven vor, damit auch jene Subjekte, Bewegungen etc., die nicht gleichberechtigt Zugang zur akademisch legitimierten Wissensproduktion haben, an den wissenschaftlichen Wirklichkeitsentwürfen mitwirken können. Für die Migrationsforschung kann diese Strategie bedeuten, disziplinäre Grenzen zu überwinden und methodisch die partizipative Wissensproduktion, -aneignung und -distribution zu ermöglichen.

Ausgehend von den Positionen der feministischen Wissenschaftskritik besteht der erste Schritt kritischer Forschung bzw. „feministischer Objektivität“ aus der Analyse der eigenen Situiertheit des Wissens und der eigenen Privilegien. Den nächsten Schritt bildet die Bemühung, Analysen sozialer Verhältnisse anzustreben, die

über das eigene wissenschaftliche Feld und die damit einhergehenden disziplinären Beschränkungen hinausgehen. Die Anstrengung um eine Repräsentation marginalisierter Subjekte, als wären das die ganz eigenen Positionen, und die Verbindung möglichst vieler Perspektiven der Unterdrückten gelten als weitere methodische Schritte für kritisches wissenschaftliches Arbeiten. (vgl. Haraway 2007) Die Aufgabe gesellschaftskritischer Forschung und Wissensproduktion angesichts der aktuellen Debatten und Politiken rund um Migration ist einerseits, die Produktion und Verfestigung ungleicher Verhältnisse zur Diskussion zu stellen. Andererseits geht es darum, die Prozesse zu erkennen, die soziale Veränderung ermöglichen. Dazu zählt auch die Reflexion über die eigenen Privilegien und vor allem über die Rolle des akademischen Wissens in der Reproduktion von „white privilege“. (Decoloniality Europe 2013)

Zusätzlich zu den unterschiedlichen Privilegien im Alltagsleben aufgrund von intersektionellen Kategorien (Herkunft, Gender, Sprache, Bildung, Alter etc.) geht es in einem Forschungsprojekt wie ESPRIS auch darum, dass die Beziehungen der TeilnehmerInnen zu den beteiligten Institutionen weiterhin durch Hierarchien strukturiert sind. Obwohl emanzipative Prozesse, partizipative Elemente und soziale Veränderung im lokalen Raum wesentliche Aspekte des formulierten Forschungsinteresses waren, blieb die Vorgehensweise der EU- bzw. Ministeriumsprojektlogik verpflichtet. Vieles war dadurch konzeptuell vorgegeben. Die Formulierung der Forschungsfragen fand in diesem Sinne nicht in gemeinsamen Prozessen, sondern im Vorfeld der Projekteinreichung statt. Die Projektinhalte waren einerseits von kritischen Perspektiven und andererseits von der technokratischen Abwicklung der EU-Projekte geprägt, die vor allem eine bedeutende Kapitalisierung der Projektergebnisse für die beteiligten Institutionen der Mehrheitsgesellschaft vorsieht (Finanzierung, symbolisches und soziales Kapital, Publikationen etc.). Die Funktion der ForscherInnen ist zudem vom aktuellen Migrationsregime beeinflusst. Mein biographisches Erfahrungswissen bedingt durch die Migration nach Österreich und die Absolvierung von Deutschkursen hat viele Schnittmengen mit dem Erfahrungswissen der beteiligten MigrantInnen. Trotzdem ist die Illusion, dass „wir“, die MigrationsforscherInnen, außerhalb der Realität der Migrationsgesellschaft handeln können, weil wir ihre Komplexität vor Augen haben, ein Kritikpunkt. Nach Nicholas De Genova (De Genova 2013b) handelt es sich um eine forschungsimmanente Bedingung, dass es keinen neutralen Raum gibt, in dem ForscherInnen arbeiten. So lag beispielsweise ein Grund für die Bereitschaft der MigrantInnen bei den Interviews mitzumachen darin, dass die gesetzliche Gestaltung des Integrationsimperativs den Menschen „Partizipation“ abverlangt. Forschung steht daher nicht außerhalb der Verhältnisse, sondern gestaltet sie mit. Eve Tuck (Tuck 2007) beschreibt Forschung aus diesem Grund insgesamt als ein riskantes Projekt. Auch „wir“ – migrantische Migrationsforscherinnen mit dem Anliegen der sozialen Veränderung – verharren in den

Widersprüchen des gesellschaftlichen Lebens, der Akademia und des Migrationsregimes. Forschung bedeutet, diese Widersprüche zu benennen, damit zu arbeiten und sie zu verändern.

Ein Beispiel dieser Widersprüche ist der methodologische Nationalismus: Welche Konzepte haben wir, um Migration gefragt sind, die entgegen einer „Nationalisierung“ der Forschung wirken? Welcher theoretischen und gesellschaftlichen Reflexion über „Nation“ hinaus bedarf eine Forschung, die sich als Diskursintervention abseits von hegemonialen politischen Positionen und sich als Beitrag zur sozialen Veränderung bemüht?

2.2 Replacing the National

Der methodologische Nationalismus (Beck/Grande 2010; Wimmer/Glick Schiller 2002; Beck 1998) nimmt nationale Grenzen als unhinterfragte natürliche Analyseeinheit in der Forschung wahr und erforscht MigrantInnen als Objekte des Nationalismus: „In this regard, migration scholarship (however critical) is implicated in a continuous (re-)reification of ‘migrants’ as a distinct category of human mobility (or, mobile humanity). After all, if there were no borders, there would be no migrants – only mobility.” (De Genova 2013b: 253) Im Gegensatz zur Idee der Mobilität als Recht, das allen Menschen zusteht, verbindet der methodologische Nationalismus Forschung und politische bzw. populistische Anliegen wie am Beispiel des „Containermodells“ und in der Diskussion von „Leitkultur“ sichtbar wird. (Celikates 2016: 229) Das Brechen der „nationalen Ontologie des Sozialen“ (Hess/Moser 2009: 19) war Folge von dem, was „die Empirie nicht müde wird uns zu zeigen“ (ebd.). Eine Konsequenz davon war das Aufkommen des *transnational turns* (Glick Schiller/Basch/Szanton Blanc 1992; Glick Schiller/Basch 1995; Glick Schiller/Basch/Szanton Blanc 1999), das verdeutlicht, dass Konzepte abseits der nationalen Kategorien wie „ethnische Gruppe“, „Nation“ und „Rasse“ erforderlich sind, um das soziale Feld der TransmigrantInnen zu erfassen. (Sager 2016: 44)

Die Problematisierung des methodologischen Nationalismus hat demnach eine Reihe von Konsequenzen für das analytische Denken im Migrationsfeld: „[...] die Sozialwissenschaften – sahen sich dazu aufgefordert, den ihre theoretischen Grundlagen prägenden methodologischen Nationalismus – also ihre Fokussierung auf als relativ geschlossen und homogen gedachte einzelstaatliche Gesellschaften – zu überwinden, um transnationale Prozesse, etwa der Migration, adäquat fassen zu können [...]“ (Celikates 2016: 229) Die Kritik am methodologischen Nationalismus hat in weiterer Folge die theoretische Bewegung rund um die „postmigran-tische Wende“ (Bojadžijev/Römhild 2014) in der Forschung ausgelöst. Insgesamt ist die Formulierung von grenzübergreifenden Problem Diskursen und analytischen

Einheiten gefragt. Die Prozesse und nicht die Menschen sind demnach die relevante analytische Einheit.

De Genova problematisiert die epistemologische Stabilität der „Nation“ als Analyseeinheit und die essentialisierende Folgen des Konzepts: „The persistent reification of migrants and migration [...] (re-)naturalizes the epistemological stability attributed to the (‘national’) state as a modular fixture of geopolitical space“. (De Genova 2013b: 253) Indem wir auf den Nationalstaat als Akteur oder Untersuchungseinheit fokussieren, entfernen wir uns von der Position von Migration als immanenten Prozess gesellschaftlicher Realität. Auch David Harvey (2009) kritisiert die Fixierung der sozialen Theorie auf die Territorialität der Nationalstaaten: „It is astonishing to note how much of the conventional social theory as well as political practice was corralled within the unexamined territorial frame of the nation state [...]“. (ebd.: 267)

Umgekehrt weist Alex Sager (2016) darauf hin, dass globale und transnationale Phänomene Einfluss auf die Nationalstaaten selbst nehmen, weshalb Staaten Migration nicht uneingeschränkt kontrollieren können. (vgl. ebd.) Ähnlich argumentieren Beck und Grande und sehen in der Strategie des „replacing the national“ (Beck/Grande 2010: 202) die radikale Abkehr vom methodologischen Nationalismus. „Die methodologisch radikalste Möglichkeit besteht darin, dass die nationale Rahmung der Untersuchungseinheit ersetzt wird durch andere Foki und das Nationale dadurch gänzlich obsolet oder irrelevant wird [...]“. (ebd.) Das grundsätzliche Verzicht auf die nationale Perspektive sei in der Auseinandersetzung mit Migration jedoch schwer durchführbar. Vor allem im Zusammenhang mit Bildung, Sprache, Medien wird es deutlich, was wir aus der Widerlegung der Kontrollverlustthese bereits wissen: „The nation state matters“. (Stobbe 2004) Ulrich Beck und Edgar Grande (2010) schlagen vor, gesellschaftstheoretisch begründete inhaltlich-thematische Einheiten als Ausgangspunkt der Analyse statt Nationen als Untersuchungseinheit zugrunde zu legen – so wie es Beck mit seinem Konzept der „Risikogesellschaft“ vorgenommen hat. Sie gehen davon aus, dass der Nationalstaat in der Globalisierung keineswegs verschwindet, aber dass es wichtig ist, dass er seine epistemologische Monopolstellung verliert: „Die methodologische Konsequenz bestünde dann darin, neue Untersuchungseinheiten zu finden, in denen das Nationale zwar enthalten ist, die aber nicht mehr deckungsgleich sind mit dem Nationalen. Wir würden dies als ‚Einbettung des Nationalen‘ (embedding the national) bezeichnen.“ (ebd.)

Die Kritik am methodologischen Nationalismus hat in der Migrationsforschung neue Perspektiven für den Umgang mit dem Nationalen und mit Räumen (globale, lokale, sprachliche, mediale etc.) insgesamt eröffnet. Es stellt sich die Frage, was diese Differenzierung für Forschungsprojekte im Bereich der Migration bedeutet. Welche theoretischen Perspektiven ermöglichen neue *scripts* für das Verstehen

der Hierarchisierungen und der Ausschlüsse innerhalb des postkolonialen Europas? Welche Denkmuster gibt es abseits des Integrationsparadigmas, das davon ausgeht, dass es eine homogene Mehrheitsgesellschaft gibt, in die sich MigrantInnen integrieren müssen, in der Migrations- bzw. Sozialforschung?

2.3 Kontinuitäten, Paternalismus und Gegenfragen

Der methodologische Nationalismus und das Integrationsparadigma gehören neben Konzepten des *governing migration* zu den dominanten Richtungen der Migrationsforschung. Insgesamt stellen Migrationsphänomene für unterschiedliche Disziplinen (Demographie, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften etc.) ein relevantes Forschungsfach dar und werden so aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven betrachtet, erklärt oder verstanden. (vgl. Massey et al. 1993, 1998; Treibel 2011; Haug 2000) Es handelt sich damit um ein interdisziplinäres Feld, was für Bernhard Perchinig (2010) wiederum ein Grund dafür ist, dass die etablierten akademischen *communities* Migrationsforschung mit Skepsis begegnen. Diese Skepsis bezieht sich auch darauf, dass die Migrationsforschung mit historischen und aktuellen Phänomenen sowie Veränderungen in politischen Machtverhältnissen und Paradigmen korrespondiert. Dadurch gibt es keine geteilte „grand theory“ der Migration, sondern zeitgeistabhängige dominante theoretische Konzepte.

Das Forschungsfeld zur der Arbeitsmigration der 60er Jahre in Österreich ist ein gutes Beispiel für die Wechselwirkungen von Politik und Migrationsforschung wie auch die Bedeutung des methodologischen Nationalismus. In seinem Beitrag über nationale Paradigmen in der Migrationsforschung verdeutlicht Perchinig (2010) die Interdependenz von Politik und Migrationsforschung – und zwar sowohl in der Mainstream-Wissenschaft als auch in der kritischen Wissenschaft. Im Rahmen der GastarbeiterInnen-Verträge lag beispielsweise der Schwerpunkt auf ökonomischen Perspektiven. Migration wurde im deutschsprachigen Raum als eine Frage der Arbeitskräfte behandelt, während Studien zu Rassismus und postkolonialer Theorie vor allem im englischsprachigen Raum entstanden. Die österreichischen SozialpartnerInnen (Arbeiterkammer und ÖGB auf der einen Seite und die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung auf der anderen Seite) und das in den Arbeitsverträgen verankerte Rotationsprinzip bildeten die Grundpfeiler der Migrationspolitik der damaligen Zeit. (ebd.: 188) Der Einfluss der SozialpartnerInnen auf die Gestaltung der Migrationsbedingungen in Österreich führte dazu, dass im Gegensatz zu den Interessen der männlichen österreichischen Arbeiter die Anliegen von österreichischen Frauen und MigrantInnen unter dem Etikett der „Schmutzkonkurrenz“ (Griesser/Sauer 2015) von der Gewerkschaft nicht vertreten wurden. (siehe dazu auch Mayer 2010; Mayer/Spång 2009; Tálos 1993) In diesem gesellschaftlichen Kontext werden die Migrationsstudien

in den 80er Jahren in Auftrag gegeben. Interpretieren lässt sich diese verzögerte Aufmerksamkeit durch die Rückkehrerwartungen an die MigrantInnen, die mit dem Rotationsprinzip verknüpft waren. Das Rotationsprinzip funktionierte in der Praxis jedoch nie, da weder die „GastarbeiterInnen“ noch die UnternehmerInnen großes Interesse daran zeigten. Die „GastarbeiterInnen“ werden zu jenem Zeitpunkt zu einem politischen „Problem“, als die Wirtschaftslage sich verändert, die Ölkrise eine Verschlimmerung erwarten lässt und die „GastarbeiterInnen“ trotzdem nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Zur Lösung dieses „Problems“ soll die Sozialwissenschaft beitragen.

Die ersten zwei „GastarbeiterInnen“-Studien (Lichtenberger/Fassmann 1984; Wimmer 1984) sind laut Perchinig paradigmatisch für zwei Trends in der Migrationsforschung in Österreich. Mit ihrer Studie „Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften“ orientierte sich Elisabeth Lichtenberger (1984) an den Zielen der damaligen Migrationspolitik, ohne diese jedoch zu hinterfragen: „[They] positively echoed the guiding political principle of migration policy and focused on the socio-economic position and the assimilation of immigrants [...]“ (Perchinig 2010: 190) Lichtenberger formulierte im vorgegebenen Rahmen der offiziellen Migrationspolitik eine Kritik gegen unklare Integrationsziele und die noch nicht existierende Gleichberechtigung von „GastarbeiterInnen“. Die Studie erkennt zwar wesentliche Probleme wie die prekäre Situation der MigrantInnen: „Nur durch ein ausgeprägtes Sparsyndrom, d.h. durch einen zum Teil exzessiven Konsumverzicht beim Wohnen und in der Lebensführung, können ältere Gastarbeiter die häufig mit negativen Aufenthaltseffekten gekoppelten negativen Alterseffekte, die sich zunächst auf das Einkommen auswirken, bewältigen.“ (ebd.: 499) Gleichzeitig bestärkt die Studie durch die Festlegung von Akkulturationsindikatoren die Kulturalisierung der Migrationsfrage, obwohl die Autorin Assimilation als Ziel verwirft, solange MigrantInnen nicht gleichberechtigt sind.

Während Paternalismus den hegemonialen Diskurs über ArbeitsmigrantInnen in den 60er und 70er Jahre bestimmte, kommt es in den 80er Jahren, so Wladimir Fischer (2009), zu einer Verschiebung und einem (neo-)rassistischen Diskurs, der die Kulturalisierung der Migrationsfrage in den Mittelpunkt stellt: „Die ‚Andersartigkeit‘ der Gastarbeiter wurde immer wieder durch Merkmale charakterisiert, die dem bürgerlichen Lebensstil nicht entsprachen und in manchen Fällen ebenso gut auch gegenüber Jugendlichen und Studenten hätten zur Anwendung kommen können. So wird immer wieder auf das ungepflegte Äußere verwiesen, auf unraisierte Gesichter und schäbige Kleidung, nicht aber auf ethnische Merkmale.“ (ebd.: 255) Als Startschuss für diesen Diskurs sieht er den Wiener Wahlkampf von 1973, wobei er erst in den 80er Jahre dominant wird: „Die 80er Jahre waren das Jahrzehnt der kulturellen Wende im Diskurs über ArbeitsmigrantInnen sowie des beginnenden neo-rassistischen Diskurses in Österreich. Das Etikett ‚Gastarbeiter‘

wurde sukzessive aufgegeben und durch die diffuse Bezeichnung ‚Ausländer‘ ersetzt (‚Ausländer raus‘).“ (ebd.: 260)

Fischer ergänzt mit seiner Analyse die diskursiven Bedingungen, unter denen die ersten Studien in Österreich zu Migration entstanden sind. Im Gegensatz zur ersten Studie von Lichtenberger (1984) kritisiert die nächste Migrationsstudie (Wimmer 1984; 1986) in Österreich das System an sich, das „GastarbeiterInnen“ mit dem Rotationsprinzip als Puffer, als „Reservearmee“ (Moulier Boutang 2002) für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Sozialpartner missbrauchte. Perchinig (2010: 190) schildert, die politischen Reaktionen auf die Kritik, die in dieser Studie formuliert wurde. Das Institut für Höhere Studien in Wien wurde im Jahr 1982 vom Sozial- und vom Wissenschaftsministerium mit der Durchführung der „Untersuchung über die ausländischen Arbeitskräfte in Österreich“ (Wimmer 1984, 1986) beauftragt. Die Auswirkungen des Rotationsprinzips war der Fokus der Studie: „The study explained the development and implementation of Austria’s guestworker policy by the overwhelming influence of the social partners in that field of policy, and criticised that both social partners jointly had decided to make use of immigrants as a buffer on the labour market to reduce unemployment of the native workforce.“ (Perchinig 2010: 190) Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse warfen die beauftragenden Ministerien, die von SozialdemokratInnen geführt wurden, den ForscherInnen „mangelnde Objektivität“ vor und drohten, die Finanzierung zurückzuziehen. Die politische Drohung des Zurückforderns der finanziellen Mittel und die parallele Infragestellung der wissenschaftlichen „Objektivität“ sind laut Perchinig (ebd.) wesentliche Merkmale des Umgangs mit kritischer Migrationsforschung. Die „Untersuchung über die ausländischen Arbeitskräfte in Österreich“ (Wimmer 1984, 1986) und der Umgang damit sind laut Perchinig repräsentativ für eine bis heute zutreffende Unterscheidung innerhalb der Migrationsforschung in Österreich:

This study did not only mark the beginning of migration research in Austria, but also stands for the beginning of a tradition of highly politicised research challenging governmental migration policies. [...] Until today, there is a split in the research landscape between a more economically or demographically oriented research which tries to avoid political connotations, and research referring critically to the state of migration policy in Austria. (ebd.)

Diese Dichotomie der Migrationsforschung zeigt sich nicht nur in Österreich, sondern lässt sich auf unterschiedliche geopolitische Räume westlicher Gesellschaften anwenden. Die Wissensproduktion im Migrationsfeld ist aber nicht nur von politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen, sondern auch von disziplinären Bedingungen beeinflusst. In den theoretischen Arbeiten, die unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erscheinen, fokussieren die Bemühungen, Migration zu verstehen auf die Entwicklung einer übergreifenden Theorie. Ein Anliegen, das